

der Freitag *Demokratie*

der Freitag | Nr. 18 | 4. Mai 2023

Das Spezial zur Global Assembly in der Paulskirche



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

diese Beilage stellt eine Einladung dar, in doppelter Hinsicht. Zum einen heißen wir Sie herzlich willkommen bei der Auftaktveranstaltung eines ganz besonderen Vorhabens: Am Sonntag, 14. Mai um 18 Uhr beginnt in der Frankfurter Paulskirche die von zivilgesellschaftlichen Gruppen getragene „Global Assembly“ zum 175. Jahrestag der deutschen Nationalversammlung. Die Teilnehmenden aus aller Welt stellen sich vor, und der Schriftsteller Navid Kermani diskutiert mit der Sozialanthropologin Shalini Randeria über Aspekte globaler Menschenrechte und Demokratie. Wer dabei sein will, meldet sich bis zum 10. Mai bei der Gastgeberin, der Stadt Frankfurt am Main, an: protokoll@stadt-frankfurt.de. Zum anderen sind Sie eingeladen, sich in diesem Spezial einen Überblick über Ziele und Hintergründe der „Global Assembly“ zu verschaffen. Der Initiativkreis der „Global Assembly“ hofft, damit Ihr Interesse für das große Ziel einer globalen Demokratisierung geweckt zu haben. **Web:** www.globalassembly.de **Mail:** info@globalassembly.de **Instagram:** [@global_assembly_frankfurt](https://www.instagram.com/global_assembly_frankfurt)

Demokratie *global* denken

Jubiläum Das Netzwerk Paulskirche will die Zivilgesellschaft stärken und zu mehr Teilhabe anregen

■ Stephan Hebel

Wenn Deutschland seiner Geschichte gedenkt, geht es nicht immer fröhlich zu. Mit guten Gründen, versteht sich, der Bundespräsident hat das gerade mal wieder formuliert: „Dem Blick in den Abgrund der Shoah dürfen wir nie ausweichen.“ Aber diesmal fügte Frank-Walter Steinmeier hinzu: „Wir sollten uns zugleich daran erinnern, was in der Geschichte gelungen ist, was Vorbild ist, was Mut macht für die Zukunft. Deshalb ist mir die Pflege unserer Demokratiegeschichte wichtig, die Erinnerung an die Wegbereiter und Protagonistinnen von Freiheit und Demokratie,

und auch die Pflege der Orte, an denen sich ihr Wirken manifestiert.“

Ein solcher Ort, wollte das Staatsoberhaupt sagen, ist die Paulskirche in Frankfurt am Main, für deren künftige Nutzung er Ende April das Konzept einer Kommission aus Fachleuten entgegennahm. Hier hat vor 175 Jahren, am 18. Mai 1848, die deutsche Nationalversammlung begonnen. Hier hat im Frühjahr 1849 das erste gewählte Parlament für ganz Deutschland eine Verfassung verabschiedet. Sie scheiterte damals am Widerstand reaktionärer Kräfte, aber sie enthielt manches an Grund- und Bürgerrechten, das sich heute im Grundgesetz der Bundesrepublik findet.

Im staatstragenden Gestus des Bundespräsidenten steht bei diesem Jubiläum die Erzählung von der gelungenen Demokratie

im Mittelpunkt, die wir auch den Männern der Paulskirche (Frauen waren ausgeschlossen) verdanken. Das ist für den obersten Repräsentanten dieses Staates kein Wunder, und ganz unberechtigt ist es auch nicht. Aber wer einen Blick in die Expertise der „Paulskirche-Kommission“ wirft, entdeckt noch andere, zukunftsweisende Ansätze: etwa den, dass Demokratie nicht nur aus in Stein gemeißelten Institutionen und Regeln besteht, sondern als „Lebensform“ verstanden werden muss, als steter Prozess der Erneuerung. Oder den Hinweis darauf, dass Demokratie und ihr gegenwärtiger Zustand auch im Kontext der Globalisierung einer immer neuen, kritischen Betrachtung bedarf.

Das entspricht den Motiven, aus denen eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Grup-

pen in Frankfurt mit Unterstützung der Stadtpolitik zusätzliche Akzente bei den Jubiläumsfeierlichkeiten setzt. Sie haben sich im „Netzwerk Paulskirche“ zusammengetan, um „den demokratischen Prozess zu beleben, zur Teilhabe anzuregen und für das Gefühl der demokratischen Verantwortung aller Bürger:innen zu begeistern“. Eines der größten Vorhaben in diesem Netzwerk ist die „Global Assembly“ zu Menschenrechten, Demokratie und Gerechtigkeit.

Der erste Teil der Versammlung, die als Prozess bis ins kommende Jahr hinein angelegt ist, findet vom 14. bis 17. Mai in Frankfurt statt. Nach dem öffentlichen Auftakt in der Paulskirche am 14. Mai werden etwa 45 Aktivistinnen und Aktivisten von Nichtregierungsorganisationen aus 40

Ländern im geschützten Raum einer Klausurtagung über die Frage diskutieren, wie in Zeiten der Globalisierung und des zunehmenden Autoritarismus Demokratie und Menschenrechte verteidigt, ausgebaut und erneuert werden können. Begleitet wird die Versammlung von Autorinnen und Autoren, die ihre Eindrücke als „Chronist:innen“ schriftstellerisch und publizistisch verarbeiten werden.

Der Anspruch der Versammlung mag in diesen Zeiten utopisch erscheinen, das ist den international tätigen Nichtregierungsorganisationen und Personen bewusst, die die „Global Assembly“ ins Leben gerufen haben. Aber muss nicht gerade jetzt an der Idee umfassender Rechte für alle Menschen festhalten, wer dem nationalen Aufbruch von 1848 heute gerecht werden will?

ANZEIGE

Mit Vertreibung oder mit Menschen?

Mit Menschen.

Land- und Menschenrechte für indigene Gemeinschaften in Amazonien: misereor.de/mitmenschen

Foto: Kahin Hama/Misereor



misereor
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

Gegenstrategien, die Mut machen

Trend Auf der ganzen Welt geraten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit unter Druck. Zum Glück wächst der Widerstand dagegen

■ Barbara Unmüßig und Layla Al-Zubaidi

Im Mai treffen sich Aktivist*innen, Feminist*innen, Wissenschaftler*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen aus etwa 40 Ländern und allen Kontinenten bei der „Global Assembly“ in Frankfurt am Main, um ihre Ideen und Strategien für eine gerechtere und menschenwürdigere Welt zu diskutieren. Viele Teilnehmer:innen kommen aus Ländern, in denen es absolut keine Selbstverständlichkeit ist, sich frei zu äußern oder zu versammeln. Sie müssen täglich damit rechnen, im Gefängnis zu landen oder getötet zu werden, weil sie sich für soziale Umverteilung, freie und faire Wahlen oder Zugang zu Land einsetzen. Manche kommen aus Ländern im Krieg oder unter Willkürherrschaft. Ihre Rechte, ihr Wunsch nach demokratischer Teilhabe, Freiheit, Gerechtigkeit und Unversehrtheit werden mit Füßen getreten. Ihr Mut, dafür zu kämpfen und einzustehen, braucht unsere Solidarität.

Vielen Menschen rund um den Globus werden elementare Grundrechte wie Versammlungs-, Vereinigungs- und Redefreiheit, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 verankert sind, verweigert. Diese Grundrechte sind aber Voraussetzung, um politische Teilhabe zu ermöglichen. Wir beobachten, wie manche der nach dem Ende des Kalten Krieges erreichten Fortschritte in der Demokratisierung in Osteuropa, in Afrika und Lateinamerika (dritte Welle der Demokratisierung) wieder zurückgenommen werden. Partizipations- und Beteiligungsrechte werden regelrecht einkassiert.

Das Netzwerk Civicus, das seit vielen Jahren mit dem Civil Society Monitor den zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum in 197 Ländern misst, stellt fest, dass nur 3,1 Prozent der Weltbevölkerung in Ländern mit restriktionsfreien Zugängen für zivilgesellschaftliches Engagement (open civic space) leben. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ misst den Grad der Pressefreiheit und vergleicht die Situation für Journalist*innen und Medien in insgesamt

180 Staaten und Regionen. Sie verschlechtern sich weltweit kontinuierlich. In Russland ist die Pressefreiheit seit dem brutalen Angriffskrieg gegen die Ukraine de facto abgeschafft. Journalist*innen in allen Kontinenten müssen befürchten, für ihre Arbeit ermordet zu werden. Mexiko

ist für sie eines der tödlichsten Länder der Welt.

Immer öfter treiben auch demokratisch gewählte Politiker*innen und Parteien den Abbau von Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit willentlich voran, indem sie demokratische Institutionen unterminieren, unabhängige Medien und Gerichtsbarkeit angreifen und Hass gegen Minderheiten, LGBTQ+ oder Migrant*innen schüren. Ungarn unter Viktor Orbán, Brasilien unter Jair Bolsonaro, die USA unter Donald Trump sowie die derzeitige Regierung in Israel mit Benjamin Netanjahu an der Spitze dienen als Beispiele für diesen besorgniserregenden Trend.

Trotz all dieser Einschüchterungsversuche und Risiken nehmen weltweit die Proteste gegen Willkür, Ungleichheit, die Klimakatastrophe und Umweltzerstörungen, Korruption und Unterdrückung in den letzten Jahrzehnten eher zu als ab. Es gibt immer mehr lokale Proteste gegen Staudämme, illegale Abholzung und Landraub sowie gegen die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Bergbau und anderen großen Infrastrukturprojekten. Dieser lokale Protest ist im digitalen Zeitalter noch schneller mit einer internationalen Öffentlichkeit und politischen Netzwerken verknüpfbar und damit sichtbar. Das wollen die politischen und ökonomischen Eliten in vielen Ländern offensichtlich verhindern. Sie sehen ihre Entwicklungsmodelle und Profite bedroht. Das Argument „Keine Einmischung in innere Angelegenheiten“ wird von Regierungen und häufig gleichgeschalteten Medien dann ins Feld geführt, wenn sich externe Akteure politisch und finanziell mit sozialen und ökologischen Aktivist*innen und Organisationen vor Ort vernetzen. Auch demokratisch gewählte Regierungen benutzen diese Argumentationsfigur, um Proteste als extern gesteuert zu diffamieren.

Repression hat viele Gesichter

Überall auf der Welt fürchten Regierungen und wirtschaftliche Akteurinnen um ihre Privilegien und ihre politische und ökonomische Macht. Dutzende Regierungen in Afrika, Westasien und Nordafrika, Asien, Lateinamerika und Osteuropa manifestie-

ren ihre Macht durch Bespitzelung und Einschüchterung, drakonische Haftstrafen, Folter und offene polizeiliche oder militärische Gewalt. Dabei nehmen Geheimdienste oder Milizen nicht selten auch die Familien von Kritiker*innen und Oppositionellen in Sippenhaft, um sie zum Schweigen zu bringen. Rechte Gruppierungen, private und substaatliche Akteure beteiligen sich massiv an Online-Hass, gezielten Desinformationskampagnen, Repressalien und sogar Morden – darunter Sicherheitsdienste, Drogenkartelle, Milizen und Mafiastrukturen.

Es gibt immer mehr lokale Proteste gegen Willkür, Landraub und Unterdrückung

Weltweit lernen die Regierungen voneinander, schauen sich Unterdrückungsmethoden voneinander ab und gehen damit regelrecht nach einem „playbook“ vor. Digitalisierung und die sozialen Medien sind dabei ein zweischneidiges Schwert. So wie sie progressiven Akteurinnen neue Möglichkeiten eröffnen, sich zu vernetzen und zu mobilisieren, bieten sie auch autoritären Systemen ungeahnte Möglichkeiten der Überwachung und Kontrolle. Die Öffentlichkeit manipulieren, Wahlen beeinflussen, Shitstorms entfesseln – dafür wurde in den letzten Jahren eine regelrechte Desinformationsindustrie aufgebaut.

Nicht immer wird Widerstand blutig unterdrückt. Repression versteckt sich immer öfter hinter einer demokratischen Fassade. Die sogenannten NGO-Gesetze sind hier das markanteste Instrument. Die Beziehungen zwischen Staat und Zivilgesellschaft und zwischen in- und ausländischen Nichtregierungsorganisationen zu regeln

(Vereinsrecht, Gemeinnützigkeit, Berichtspflichten, Transparenz zu Geldflüssen usw.), ist legitim. Die Frage ist jedoch, ob diese Regelungen die fundamentalen Grundrechte und die Unabhängigkeit garantieren oder eben einschränken. Eine große Zahl von Ländern – ob autokratisch oder demokratisch – hat in den vergangenen Jahren NGO-Gesetze modifiziert oder neu verabschiedet, die genau gegen diese Grundsätze verstoßen und vor allem darauf abzielen, einheimische Organisationen von ausländischen Geldflüssen abzuschneiden bzw. diese zu kontrollieren. Die meisten von ihnen verbieten es, gegen die „öffentliche Ordnung und Sicherheit“ oder „nationale Interessen“ zu agieren oder gegen „gesellschaftliche Moralvorstellungen“ zu verstoßen. Dies richtet sich vor allem gegen Frauen- und LGBTQI-Q-Rechte. Die Gesetzestexte sind vage und bewusst offen formuliert, bieten also ausreichend Spielraum für Interpretationen und damit politische Willkür.

Die Trennung in gute und böse NGOs ist längst in vollem Gange

Weit mehr als 150 sogenannte Antiterrorgesetze richten sich nicht allein gegen Terroristen, sondern in vielen Fällen auch gegen die kritische und demokratische Opposition und Zivilgesellschaft, die des Terrorismus bezichtigt werden. Wo Gesetze und Rechtssysteme nichts mehr mit Rechtsstaatlichkeit und legitimem Interesse an Transparenz zu tun haben, sondern als Waffe eingesetzt werden, um Kritiker*innen auszuschalten und von der Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte abzuhalten, sprechen Aktivist*innen heute von „lawfare“ – angelehnt an „warfare“, also Kriegsführung.

Repressionen und neue Gesetze zielen darauf ab, jede kritische Stimme, die sich gegen Regierungshandeln erhebt, mundtot zu machen. Zivilgesellschaftliches Engagement bleibt gleichwohl erlaubt, wenn es unpolitisch ist und im sozialen wie im Umweltsektor weiterhin beispielsweise staatliche Aufgaben übernommen werden, ohne Ansprüche auf demokratische Teilhabe zu erheben oder strukturelle Ursachen von Armut und Ungleichheit anzugehen. Entpolitisierte NGOs sind erwünscht, sie werden von Regierungen eigens gegründet. Sie dürfen auch ausländisches Geld annehmen, wenn auch unter staatlicher Kontrolle. Die Trennung in gute und in böse oder staatsfeindliche NGOs und soziale Bewegungen durch Regierungen und Medien ist längst in vollem Gange.

Ermutigend trotz all der beschriebenen massiven Verschlechterungen und repressiven Einschränkungen sind die vielfältigen lokalen, nationalen und internationalen Kämpfe und Proteste für soziale und ökologische Rechte, für geschlechtliche Selbstbestimmung, Freiheit, Widerstand gegen Willkür und Korruption und die weitere Ausbeutung des Planeten. Meinungs-, Organisations- und Versammlungsfreiheit sind Voraussetzung und die Essenz jeder Demokratie. Ihre Einschränkung muss alle demokratischen Regierungen herausfordern, stärker global zu kooperieren. Sie erfordert unser Handeln auf allen Ebenen. In allen multilateralen Foren müssen Teilhabe und Partizipation garantiert sein, Ausschluss und Repression gehören auf die Tagesordnung. Die „Global Assembly“, wie wir sie in Frankfurt organisieren, ist so ein Ort, Gegenstrategien von unten weiterzuentwickeln, Mut zu machen und sich miteinander zu solidarisieren.

Barbara Unmüßig war bis März 2022 Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung und organisiert die Global Assembly mit

Layla Al-Zubaidi ist stellvertretende Leiterin des Bereichs Internationale Zusammenarbeit der Heinrich-Böll-Stiftung

ANZEIGE

Wir engagieren uns weltweit für Ökologie, Demokratie und Menschenrechte

Als grüne politische Stiftung ist uns der globale Klimaschutz ein Kernanliegen. Wir unterstützen die soziale und ökologische Transformation, ob in Deutschland und Europa oder dem Globalen Süden. Ökologie, Demokratie und Gerechtigkeit gehören für uns untrennbar zusammen. Derzeit haben wir 34 internationale Büros und ein Netzwerk mit Partnerinnen und Partnern in über 60 Ländern. Gemeinsam arbeiten wir für eine friedlichere, demokratische und lebenswerte Welt. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgen wir gerne und unterstützen andere dabei, es auch zu tun.

Unsere Themen zum Lesen und Hören:



MOORATLAS



SOZIALATLAS



PESTIZIDATLAS



böll

Unsere Atlanten – Daten, Fakten und Zusammenhänge: 19 Doppelseiten – ein Thema – anschauliche Infografiken boell.de/atlanten



STORIES FEMINIST MOBILISATION



HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Immoral Code: Wenn Maschinen töten dürfen

Studien zu Feminismus, LGBTQ+, Repräsentation ... boell.de/publikationen

Unser Magazin – Ein Schwerpunkt zweimal im Jahr boell.de/thema

Böll. Fokus – Podcast Reihe: Digitale Zukünfte boell.de/podcasts

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Schumannstr.8, 10117 Berlin

 Heinrich-Böll-Stiftung

 boellstiftung

 boell_stiftung

 boell.de



en. Es zeigt sich also: Der ökonomische Neoliberalismus der Gegenwart reicht ebenso wie auch die in vielen entwicklungspolitischen Strategien noch immer verfolgte Idee eines Entrepreneurship-Wesens weit zurück.

Schließlich scheiterte auch der Vorschlag, Vertreter aus dem von Preußen besetzten Polen zur Versammlung zuzulassen. Mit dem Argument, ein großes Volk brauche „Raum, um seinen Weltberuf zu erfüllen“, wurde nicht nur die Kolonisierung Polens durch Preußen gutgeheißen, sondern auch die legitimatorische Grundlage für die weitere koloniale Expansion Deutschlands im 19. Jahrhundert geschaffen.

Nach dem Scheitern der Revolution flüchteten Hunderttausende ins Ausland

Daran gilt es heute ebenso zu erinnern wie an die Tatsache, dass die revolutionären Erhebungen 1848 nicht auf Deutschland beschränkt blieben, sondern bereits ganz Europa erfasst hatten.

Ausgelöst durch die Februar-Revolution 1848 in Frankreich, deren maßgeblicher Träger erstmals das dort entstandene Industrieproletariat war, kam es wenig später auch in den Staaten des Deutschen Bundes, im polnischen Posen, in Prag, in Ungarn, in Siebenbürgen, der Walachei, in Wien, Italien und an vielen anderen Orten zu Aufständen.

Nachdem klar wurde, dass sich die parlamentarische Mehrheit in der Paulskirche eher mit dem Adel arrangieren wollte, als auf republikanische Ideen zu setzen, verlagerte sich der Protest mehr und mehr auf die Straße. Nach Ablehnung der Paulskirchenverfassung im Mai 1849 durch die meisten Fürstenhäuser des Deutschen Bundes bildeten republikanische Kräfte im Großherzogtum Baden eine Revolutionsregierung, die schließlich im Juli 1849 von preußischen Truppen militärisch niedergeschlagen wurde.

Als Folge des Scheiterns der Revolution wurde eine halbe Million Menschen in die Flucht getrieben. Allein aus Baden brachten sich 80.000 Menschen im Ausland in Sicherheit. Viele fanden in den USA Asyl, wo sie später hohe Posten in Armee und Politik übernahmen. Noch heute würdigen die USA die Leistungen der „48ers“ unter anderem bei der Bekämpfung der Sklaverei; in Deutschland hingegen sind sie weitgehend in Vergessenheit geraten.

Dennoch ist festzuhalten: Auch wenn die Revolutionen 1848/49 gescheitert sind, haben sie Europa doch verändert. Nichts blieb mehr, wie es war. In vielen Ländern konnten verfassungsmäßige Ordnungen durchgesetzt, individuelle Grundrechte verankert und – im Zuge der Bildung von Parlamenten – Demokratisierungsprozesse in Gang gesetzt werden.

Heute ist die Paulskirche ein säkularer Ort im Besitz der Stadt Frankfurt. Im Zweiten Weltkrieg weitgehend zerstört, wurde sie als Erinnerungsort, der auch an die Verbrechen der nationalsozialistischen Vergangenheit gemahnt, wieder aufgebaut.

Die Paulskirche ist eine der bedeutendsten Sprechstellen Deutschlands. Hier wird alljährlich der international renommierte Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen, hier nahmen für die gesellschaftliche Entwicklung bedeutende Auseinandersetzungen ihren Ausgang: Debatten über die Verbrechen der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg, über Antisemitismus, die Bedrohungen der Demokratie und seit einigen Jahren verstärkt über Fragen globaler Zusammenhänge.

Und so zeichnet die Paulskirche nicht nur rückwärtsgewandt die Entwicklung der Demokratie in Deutschland nach, sondern lenkt den Blick auch nach vorne. Dazu gehört die Verpflichtung, die großen Herausforderungen der Gegenwart ernst zu nehmen und Demokratie in einem umfassenden Sinne neu zu denken.

Thomas Gebauer war Geschäftsführer der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation medico international. Er arbeitet als Publizist und gehört dem Initiativkreis zur Vorbereitung der „Global Assembly“ an

Sprechstelle der Demokratie

Aufbruch In der Paulskirche wurde die erste deutsche Verfassung verhandelt – dieser Tradition ist der Ort treu geblieben

Die Frankfurter Paulskirche ist für die Demokratiegeschichte Deutschlands ein Ort von herausragender Bedeutung. Hier kamen im Mai 1848 Delegierte aus allen Teilen des Landes zu einer ersten Nationalversammlung zusammen, und hier wurde im Folgejahr die erste deutsche Verfassung verabschiedet.

Im deutschsprachigen Raum, der damals in Dutzende Monarchien aufgesplittert

war, bildete die Versammlung in der Paulskirche den Kristallisationspunkt eines liberalen Aufbruchs zu demokratischer Partizipation, Freiheits- und Grundrechten und einer Verfassung, die die feudalen Machtstrukturen begrenzen sollte. Das Ziel war die Schaffung nationaler Einheit auf der Grundlage rechtsstaatlicher Strukturen. Zum ersten Mal in der Geschichte Deutschlands sollten Menschen- und Bürgerrechte gesetzlich verankert werden. Zu den be-

schlossenen Grundrechten zählten unter anderem die Meinungs- und Redefreiheit, der Schutz vor staatlicher Willkür, die Religionsfreiheit, der Zugang zu Bildung sowie die Freiheit des Eigentums. Hervorzuheben ist die Gleichstellung der Juden. Auf die Bildung einer demokratischen Republik hingegen konnten sich die Versammelten nicht einigen. Ein erblicher Kaiser sollte künftig als Staatsoberhaupt fungieren.

Für die Zeit nicht ungewöhnlich, kamen in der Paulskirche durchweg nur gebildete männliche Abgeordnete des Bürgertums zusammen. Sie formierten sich zu Fraktionen, wobei die konservativen Kräfte die Mehrheit bildeten. Frauen blieben ebenso ausgeschlossen wie Menschen ohne Bildungs- und Einkommenschancen. Mit der Forderung, auch Minderheiten zu beteiligen, konnten sich die Kräfte der Linken nicht durchsetzen.

Frankreich stand Pate

Die Verfassung, die schließlich im März 1849 verabschiedet wurde, trat nie in Kraft. Der demokratische Aufbruch scheiterte am Widerstand der damaligen Großmächte Preußen und Österreich. Die Niederschlagung der Revolution machte den Weg frei für eine von Preußen von oben verfügte, autoritär-militärisch geprägte nationale Einheit. Erst nach dem von Deutschland ausgehenden Ersten Weltkrieg kamen mit der Ausrufung der Weimarer Republik im November 1918 die von der Paulskirchenversammlung beschlossenen Prinzipien für kurze Zeit zum Tragen. Und es wurde ein langer Kampf, bevor Frauen in Europa das Wahlrecht erhielten. Die Gleichstellung von Frauen und Männern wurde in Deutschland erst im 1948 verabschiedeten Grundgesetz verankert.

Die Paulskirche wird mitunter als „Wiege der deutschen Demokratie“ bezeichnet. Doch die Entwicklung zu demokratischen Verhältnissen reicht weit über die erste Nationalversammlung hinaus zurück. Von den Ideen der Französischen Revolution inspiriert, verlangte das im 19. Jahrhundert aufsteigende Wirtschaftsbürgertum nach wirksamen politischen Einflussmöglichkeiten. Zugleich sorgte die beginnende Industrialisierung des Landes für wachsende soziale Missstände. Große Teile der Bevölkerung wurden von neuen Formen struktureller Armut erfasst. Als Gegenströmung zu den liberalen Kräften, die vor allem auf eine Beschränkung der feudalen

Macht drängten, entstanden sozialistische gesinnte Bewegungen, die radikale soziale Reformen forderten. Die Zeit bis zum Ausbruch der Deutschen Revolution im März 1848 wird auch als „Vormärz“ bezeichnet. In ihm wurde der überkommene Obrigkeitsstaat zugleich von den Ideen des Liberalismus und des Sozialismus herausgefordert.

Die Widersprüche zwischen bürgerlichen und sozialistischen Ideen spiegeln sich auch in den Debatten der Nationalversammlung, deren Mehrheit radikale demokratische und soziale Veränderungen verhindern wollte.

Die Kämpfe sind gleich geblieben: Schon damals ging es um ein Recht auf Arbeit

Abgelehnt wurde etwa der im Juli 1848 von dem Sprach- und Literaturwissenschaftler Jacob Grimm in die Debatte eingebrachte Vorschlag, den Artikel 1 der Grundrechte um den Satz zu ergänzen: „Alle Deutschen sind frei, und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft. Fremde Unfreie, die auf ihm verweilen, macht er frei.“ Abgelehnt wurde auch der von Grimm vorgeschlagene Artikel 3: „Kein Deutscher darf einen Sklaven halten, noch sich unmittelbar oder wesentlich mittelbar beteiligen bei Unternehmungen, die auf Sklavenhandel ausgehen oder nur mittelst Sklaven in Ausführung gebracht werden können.“ Offenbar erschien einer Mehrheit des Parlaments die Einrichtung der Sklaverei zu jener Zeit, als auch europäische Mächte vom internationalen Handel mit Sklaven profitierten, nicht verurteilenswert.

Auch in der Frage sozialer Grundrechte konnten sich die fortschrittlichsten Kräfte nicht durchsetzen. Deren Drängen auf ein Recht auf Arbeit respektive soziale Sicherungen konterten die Liberalen mit dem Hinweis, die nun vereinbarte Gewerbefreiheit würde es auch den Armen ermöglichen, sich selbst aus der Armut zu befrei-

ANZEIGE

REPORTER OHNE GRENZEN

Jetzt bestellen: Fotos für die Pressefreiheit 2023

EIN STARKES BILD DER LAGE KANN SIE VERÄNDERN.

Fotos für die Pressefreiheit 2023

Anti-Regierungs-Protest im Büro des sri-lankischen Premierministers: Steigende Preise sowie Engpässe bei Medikamenten und Lebensmitteln führten zu Massenprotesten und schließlich zum Rücktritt der Regierung im Juli 2022. © Atul Loke / Panos

Reporter ohne Grenzen setzt sich für Informationsfreiheit ein und hilft verfolgten Journalist*innen. Helfen Sie uns zu helfen und bestellen Sie das neue Fotobuch: reporter-ohne-grenzen.de/shop

„Mich überrascht nichts“

Im Gespräch Veronika Munk hat schon selbst die Pressefeindlichkeit von Ungarns Premierminister Viktor Orbán zu spüren bekommen

Wer in Ungarn Journalismus machen will, muss starke Nerven haben. Veronika Munk arbeitete für ein Medium, das von einem Orbán-Freund gekauft wurde – daraufhin kündigte die Redaktion und gründete was Neues. Ein Gespräch über den Sinn von Journalismus.

der Freitag: Frau Munk, Sie arbeiten seit zwei Jahrzehnten als Journalistin in Ungarn, einem Land, dessen Premierminister Viktor Orbán als Feind der Pressefreiheit gilt. Wie ist das, wenn der mächtigste Mann im Staat Sie als seine Gegnerin betrachtet?

Veronika Munk: Als ich in den 2000ern als Journalistin begann, schnitt Ungarn im jährlichen Ranking von Reporter ohne Grenzen noch ziemlich gut ab. Heute stehen wir auf Rang 86 von 180 Ländern. Ich habe diesen Niedergang im Verlauf meiner Karriere miterlebt, und die Situation ist gerade für unabhängige Medienschaffende wirklich sehr hart.

Woran liegt das?
Die große Mehrheit der Medien ist über regierungsnahen Geschäftsleute, reiche Oligarchen, mit den politisch Mächtigen verbunden. Dadurch ist der Medienmarkt stark zentralisiert und vom politischen Betrieb beeinflusst. Ein Beispiel ist die KESMA-Stiftung, eine eigentümliche Konstruktion, in der 500 Medien konzentriert sind. In den Gremien dieser Stiftung sitzen ausschließlich Menschen, die extrem loyal zur Orbán-Regierung sind. Der einzige Zweck von KESMA ist es, die politischen Ansichten der Regierung zu verbreiten. Und weil die Stiftung von Social-Media-Konten über Klatschblätter hin zu Radio- und Fernsehsendern, politischen Magazinen oder Frauenzeitschriften Hunderte Angebote bündelt, erreicht die Regierung jede Zielgruppe, die sie möchte. Das ist eine sehr effektive Methode. Herr Orbán redet sehr offen darüber, wie wichtig die Medien für die Erhaltung seiner Macht sind.

Veronika Munk ist eine ungarische Journalistin, Mitbegründerin und Head of Content Development des unabhängigen ungarischen Online-Nachrichtenportals *Telex.hu*. Sie nimmt an der „Global Assembly“ teil

Orbán ist seit 2010 durchgängig im Amt, seitdem hat Ungarn über 60 Plätze auf der Rangliste der Pressefreiheit verloren. Richtig, aber Orbán hatte schon eine erste Amtszeit, ab 1998. Vier Jahre später verlor er die Parlamentswahl, und das war genau der Moment, in dem er realisierte: Wir brauchen mehr Einfluss auf die Öffentlichkeit. **Viktor Orbán behauptet derweil, die Pressefreiheit in Ungarn sei gewahrt, schließlich säßen keine Journalisten im Gefängnis. Was war in Ihrer Anfangszeit besser als heute?** Ungarn ist kein Land, in dem Medienschaffende im Gefängnis sitzen oder gar umgebracht werden. Aber es gibt viele andere Methoden, unabhängige Medien abzuschrecken, etwa über den Zugang zu Informationen. In meiner Anfangszeit kam es eigentlich nie vor, dass ein Politiker oder eine Politikerin nicht ans Telefon gegangen wäre. Heute ist es extrem schwer, sinnvolle Antworten auf journalistische Fragen zu bekommen. Es gibt Pressekonferenzen,



zu denen wir nicht eingeladen oder über die wir nicht informiert werden. Gleichzeitig bietet die Regierung jeden zweiten Donnerstag eine feste Pressekonferenz an, auf der wir unsere Fragen stellen können. So weit wie in Russland ist es also nicht. Es ist eine eigentümliche Mischung: Die Regierung will, auch in Richtung EU, zeigen, dass Journalismus und Pressefreiheit existieren. Mein eigener Arbeitgeber ist dafür ein treffendes Beispiel.

Sie haben für die populäre Nachrichtenseite „Index.hu“ gearbeitet, die von einem regierungsnahen Geschäftsmann übernommen wurde. Der feuerte Mitte 2020 Ihren Chefredakteur, woraufhin Sie und über 80 weitere Journalisten „Index“ verließen und „Telex.hu“ gründeten. Der entlassene Chefredakteur Szabolcs Dull ist heute unser Chefredakteur bei *Telex*. Wir haben unseren Leserinnen und Lesern damals in einem Youtube-Video gesagt: Leute, wir sind jetzt *Telex*, ihr kennt uns seit 20 Jahren – bitte gebt uns Geld. Das war die Botschaft. Und die Leute haben uns tatsächlich unterstützt und tun das immer noch, wir haben heute täglich 600.000 Leserinnen und Leser. In einem Land wie Ungarn ist das eine Menge. Es gibt offensichtlich eine Nachfrage nach faktenba-

siertem Qualitätsjournalismus. **War das die Lektion, die Sie aus der „Index“-Episode mitgenommen haben: dass Sie unabhängig sein müssen?** Unabhängig sein ist die Definition von Journalismus. Das wussten wir schon vorher, das hat sich auch kein Stück geändert. Als Journalistin muss ich frei von allen Zwängen sein, die mich beeinflussen wollen.

Wie kann man sich gegen solche Einflüsse immunisieren? Der Schlüssel ist finanzielle Unabhängigkeit. Wir mussten unserer Leserschaft klarmachen, dass es Geld kostet, einen Newsroom mit 100 Kolleginnen und Kollegen am Laufen zu halten. Es ist teuer, in die Ukraine zu fahren und über den Krieg zu berichten – für die Menschen in Ungarn, auf Ungarisch. Es ist teuer, Podcasts oder Praktika anzubieten, Lokalnachrichten von außerhalb Budapests zu liefern. Ich glaube, das haben unsere Leserinnen und Leser verstanden. Und ich glaube, dass das die Zukunft ist. Ob dann jemand zehn Euro in der Woche oder zehn Euro im Monat beiträgt, ist zweitrangig. Solange die Regierung nicht auf die Idee kommt, solche Modelle zu besteuern oder anderweitig zu behindern, ist das der Schlüssel.

Wie schnell sich Gewissheiten ändern können, zeigten die Pegasus-Enthüllungen Mitte 2021. Ungarn war das erste Land innerhalb der EU, das die Spionagesoftware Pegasus auch gegen Journalisten einsetzte. Hat Sie das gar nicht überrascht? Mich überrascht leider gar nichts mehr. Es war einfach nur ein neuer Tiefpunkt. Szabolcs Panyi und András Szabó, die beiden betroffenen Journalisten, arbeiten für das Investigativportal *Direkt36*. Ich bin sehr gut mit ihnen befreundet. *Telex* hat damals die Story veröffentlicht, ich war eine der ersten Journalistinnen in Ungarn, die Bescheid wussten. Natürlich habe ich sofort mein eigenes Handy checken lassen.

Trend. Die Zeichen für autokratische Führung stehen gut, auf der ganzen Welt. **Die EU hält derzeit mehrere Milliarden Euro an Fördermitteln zurück, um die ungarische Regierung zu mehr Rechtsstaatlichkeit zu bewegen. Ist Geld am Ende der einzige Hebel?** Ich bin Journalistin, mein Job ist es nicht, die Politik zu beraten. Die EU hat viele Jahre nur geredet und „bitte“ gesagt – jetzt ist die Strategie eine andere. Das kann kleinere Veränderungen bewirken, aber ich bin skeptisch, weil ich nicht sehe, dass es Konsequenzen gibt. Ungarn wird das Geld am Ende bekommen.

„Hier werden Journalisten nicht getötet. Es gibt auch noch andere Methoden“

Trotzdem sagen Sie über sich, Sie seien Optimistin. Wie kann das sein? Mein Optimismus läuft parallel zu der Sinnhaftigkeit, die ich in meiner Arbeit finde. Es geht darum, den Menschen die Informationen zu geben, die sie brauchen, um sich frei eine Meinung zu bilden. Vielleicht nehmen Sie einen Mantel mit nach draußen, wenn ich schreibe, dass es regnet. Und wenn ich aufdecke, dass ein bestimmter Politiker korrupt ist, wählen Sie vielleicht einen anderen. Die Schwierigkeiten ähneln sich weltweit, deshalb freue ich mich auf den Austausch mit gleichgesinnten freien Geistern – wie auf der Global Assembly. Auf den Dialog mit Menschen, die in herausfordernden Situationen sind – aber mit ihnen umzugehen wissen.

Interview: **Christopher Resch**, Reporter ohne Grenzen

KRISEN OHNE ENDE.
RETTET SICH, WER KANN?

Globale Solidarität ist für uns Weg und Ziel zugleich. Verbinden Sie sich. www.medico.de/verbinden



Kultur der Strafflosigkeit

Mitsprache In der Sahelzone erstarken autoritäre Regierungen. Aber es gibt ein Rezept dagegen: die partizipative Demokratie

■ A.T. Moussa Tchangari

Die Bevölkerung in den Ländern der Sahelzone ist seit Langem umfassender Gewalt seitens staatlicher Akteure ausgesetzt, sei es aktiver Gewalt (Razzien, Inhaftierungen, Folter, Machtmissbrauch, Hinrichtungen usw.) oder passiver Gewalt (Unfähigkeit, effektiv zu regieren und Verantwortung zu übernehmen, Strafflosigkeit etc.). Die meisten Bürger:innen sind täglich mit dieser Gewalt konfrontiert – wenn sie auf der Straße unterwegs sind, aber auch, wenn sie die Leistung einer Behörde in Anspruch nehmen wollen. Daran haben auch Demokratisierungsprozesse nichts geändert. Meist dient die Gewalt der Durchsetzung und Absicherung von Korruption, Unterschlagung und anderen Willkürakten. Strafen muss kaum jemand befürchten. Es herrscht eine Kultur der Strafflosigkeit, weil auch die Justiz keineswegs unabhängig ist. Zwar ist in den Verfassungen der Sahelländer, insbesondere in denen von Mali und Niger, die Unabhängigkeit der Justiz ausdrücklich verankert. Doch diese Unabhängigkeit bleibt weitgehend theoretisch, weil die meisten Richter:innen ebenso wie die



Moussa Tchangari ist Generalsekretär von „Alternative Espaces Citoyens“, einer Menschenrechtsorganisationen in Niger, die politische Bildung betreibt und zu zahlreichen Themen wie Recht auf Nahrung und Auswirkungen der restriktiven EU-Migrationspolitik arbeitet. Er nimmt an der „Global Assembly“ teil

anderen Staatsbediensteten „dort grasen, wo sie angebunden sind“, um es mit einem Sprichwort zu sagen. Nicht zuletzt als Reaktion auf die alles durchdringende Gewalt des Staates in Niger haben sich in den vergangenen zehn Jahren zahlreiche bewaffnete, mitunter dschihadistische Gruppen herausgebildet, deren Gewalt ebenfalls viele Opfer fordert. Dadurch sieht sich der Staat ermutigt, im Namen des Antiterrorkampfes Freiheitsrechte systematisch zu beschneiden. Dass diese Beschneidung von Rechten keine nennenswerten Proteste in der Bevölkerung nach sich zieht, hat vor allem zwei Gründe: Zunächst, dass es seit der (Wieder-)Einführung demokratischer Prinzipien Anfang der 1990er Jahre nicht gelungen ist, jene tief in der Gesellschaft verankerten autoritären Haltungen zu überwinden, die unter anderem das Ergebnis jahrzehntelanger Einparteiherrschaft und Militärdiktatur sind. Es werden daher noch viele Anstrengungen nötig sein, um „die Kunst, Politik zu machen, von der Kunst, Krieg zu führen, zu trennen“, wie es der kamerunische Intellektuelle Achille Mbembe formuliert. Ein zweiter Grund für den geringen Widerstand gegen die autoritäre Regierungsführung ist, dass das westliche Modell repräsentativer Mehrparteiendemokratie extrem in Verruf geraten ist. Nicht nur, weil es in den 1990er Jahren die Herausbildung von Korruption und Klientelismus begünstigte, sondern auch deshalb, weil es seitens der Bevölkerung irrtümlicherweise für die ebenfalls in den 1990er Jahren durchgeführten verschuldungsbedingten Strukturanpassungsprogramme des IWF und anderer internationaler Kreditgeber:innen verantwortlich gemacht wird.

Schleichende Versuchung

Verfechter:innen autoritärer Strukturen verbreiten also die These, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Aufkommen der Mehrparteiendemokratie und der aktuellen Lage in den Sahelländern gibt. Sie behaupten, dass die Demokratie eine wesentliche Ursache für die Destabilisierung der Staaten im Sahel gewesen sei, da sich „Misstrauensaktionen“ wie Streiks von Arbeiter:innen oder die Demokratisierung der Sicherheitskräfte vervielfacht hätten. Vor diesem Hintergrund wird

die Demokratie nicht nur als ein importiertes System wahrgenommen, das den soziokulturellen Realitäten nicht entspricht, sondern schlichtweg als Bedrohung für den sozialen Zusammenhalt. Der antidemokratische Diskurs ist heute in der Sahelzone wieder laut hörbar und wird keineswegs ausschließlich von denen geführt, die den bewaffneten Gruppen nahe stehen. Die Verschlechterung der Sicherheitslage begünstigt insofern eine schlei-

chende autoritäre Versuchung, auch wenn autoritäre Regime keineswegs größere Erfolge bei der Terrorbekämpfung erzielen als demokratisch gewählte Regierungen. Schaut man sich die Entwicklung anderer Länder an, die einen von dschihadistischen Gruppen angeführten bewaffneten Aufstand erlebt haben, ist es unwahrscheinlich, dass die Länder der Sahelzone einer autoritären Restauration entgehen werden. Hinzu kommt die in allen Ländern der Region zu beobachtende wirtschaftliche Rezession, die den Weg zurück zum Autoritarismus früherer Zeiten ebnet. Die Bekämpfung des Terrorismus ist für die herrschenden Eliten eine historische Gelegenheit, die Demokratie durch die Aufhebung von Rechten, die Ausrufung des Ausnahmezustands und polizeiliche Maßnahmen auszuhöhlen. Die Gefahr des Autoritarismus ist sehr real, aber es handelt sich nicht um ein unabwendbares Schicksal. Auch wenn das

Vertrauen in die Demokratie gering ist und der Autoritarismus massiv an Bedeutung gewonnen hat, muss der Kampf für demokratische Strukturen weitergehen. Anstatt auf die repräsentative Demokratie zu setzen, muss es allerdings um eine direkte beziehungsweise partizipative Demokratie gehen, wenn der Kampf Erfolg haben soll.

Die Staaten beschneiden im Namen des Kampfes gegen den Terror die Freiheitsrechte

In der partizipativen Demokratie geht die Souveränität maßgeblich von den Bürger:innen aus. Das ist der zentrale Unterschied zur repräsentativen Demokratie, die überall auf der Welt in die Krise geraten ist, nicht nur im Sahel. Die Transparenz- und Rechenschaftspflichten der Abgeordneten sind in der (erst noch zu schaffenden) partizipativen Demokratie stärker ausgeprägt. Zudem spielen Referenden und andere Formen der unmittelbaren Mitsprache wie beispielsweise imperative Mandate für die Abgeordneten eine größere Rolle, was jedoch zusätzliche Sensibilisierungs- und Ausbildungsprozesse der Bürger:innen erfordert. Letztlich braucht der gesamte Sahel eine soziale Revolution im Sinne einer tiefgreifenden Neuordnung der gesellschaftlichen Institutionen. Nur so könnten die Menschen die Erfahrung machen, dass sie selbst es sind, die in einer Demokratie die maßgeblichen Entscheidungen treffen.

Der vorliegende Text basiert auf einem Vortrag von Tchangari beim Treffen des zivilgesellschaftlichen Netzwerks Fokus Sahel am 22. Juni 2022 in Berlin

Übersetzung, Überarbeitung, Kürzung: Olaf Bernau und Ramona Lenz

ANZEIGE

Würde sollte kein Konjunktiv sein.

In vielen Ländern, zum Beispiel in Uganda, Myanmar und Nicaragua, werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Wir wollen das ändern, weil jeder Mensch das Recht auf ein würdevolles Leben hat.

brot-fuer-die-welt.de/wuerde

Mitglied der **actalliance**

Brot
für die Welt

Würde für den Menschen.



Marxistische
Arbeitswoche
2023

Konferenz
26.–29.5.2023

Studierendenhaus
Campus Bockenheim
und Institut für
Sozialforschung

Unhaltbare

Zustände



100
Jahre

IFS

ifs.uni-frankfurt.de

Futuring Critical Theory
Konferenz 13.–15.9.2023
100 Jahre Jubiläum
Sommerfest 22.6.2024

Bertolt Brecht wusste: „Der Pass ist der edelste Teil von einem Menschen.“ Wie ist ein Leben ohne Ausweispapiere überhaupt möglich? Staatenlose können ein Lied davon singen. Cornelia Füllkrug-Weitzel weiß, warum ihre Zahl zunimmt.

der Freitag: Frau Füllkrug-Weitzel, Sie waren bis 2021 Präsidentin von Brot für die Welt und der Diakonie Katastrophenhilfe. Kommt man da viel mit Staatenlosen in Berührung?

Cornelia Füllkrug-Weitzel: Man kann damit zu tun haben, wenn man humanitäre Hilfe leistet. Das mit der Berührung ist so eine Sache: Ich glaube, niemand von uns kennt Staatenlose persönlich aus seinem Umfeld.

Warum? Weil die meisten von denen sich unsichtbar machen. Sie könnten ja sofort verhaftet werden, wenn sie aus der Deckung kämen.

Nach der UN-Menschenrechts-erklärung von 1948 hat jeder das Recht auf Staatsangehörigkeit. Genau. Staatenlosigkeit bedeutet, dass Menschen jede Form von Citizenship verwehrt wird – und zwar trotz und entgegen internationalem Recht. Staaten haben nach dem Völkerrecht nämlich auch das souveräne Recht, Bedingungen und Regeln für deren Erwerb oder Verlust zu bestimmen. Das hebt dieses grundlegende Menschenrecht aus, an dem aber die Gewährleistung aller anderen Grund- und Menschenrechte hängt.

Wie wird man staatenlos? Es gibt zwei Hauptgründe. Erstens: Die Regierung entzieht einem die Staatsbürgerschaft. Entweder, weil man zu einer Minderheit gehört, die aus einem bestimmten Grund nicht mehr beliebt ist ...

Religion, Sprache, Ethnie? Ja. Und der zweite Grund ist, dass sich Staaten auflösen – denken Sie etwa an die UdSSR, an die ČSSR oder an Jugoslawien, die Anfang der 90er Jahre untergegangen sind. Es gibt viele individuelle Umstände, die dazu führen, dass Menschen dabei ihre Staatsangehörigkeit verlieren.



Cornelia Füllkrug-Weitzel, 67, ist eine evangelische Pfarrerin.

Bis 2021 war sie Präsidentin von Brot für die Welt sowie der Diakonie Katastrophenhilfe. Füllkrug-Weitzel gehört dem Initiativkreis zur Vorbereitung der „Global Assembly“ an

Erinnern Sie sich mal an die Geflüchteten, die 2015 vor der deutschen Grenze ihre Pässe verbrannt oder im Klo runtergepült haben, um ihre Chance auf Asyl zu erhöhen. Waren die danach staatenlos?

Nein, da denken Sie in die ganz falsche Richtung! Staatenlosigkeit bedeutet, dass jemand keine Beziehung mehr zu irgendeinem Staat hat. Wer seinen Pass wegwerft, verliert aber nicht automatisch die Bindung zu seinem Heimatstaat. Da sind immer noch Dokumente hinterlegt, die seine Identität beweisen.

Nennen Sie mal Beispiele, wo Gruppen staatenlos wurden.

Lettland, 1994: Da wurde der gesamten russischstämmigen Bevölkerung, circa einer halben Million Menschen, die Staatsbürgerschaft entzogen. Russen waren als Bürger nicht mehr willkommen. Auch ein Großteil der Kinder, die nach 2014 auf der Krim geboren wurden, ist staatenlos.



„Ein Leben im Untergrund“

Im Gespräch Cornelia Füllkrug-Weitzel bekämpft ein unsichtbares Problem: Staatenlosigkeit. Wie kann man Menschen ohne Ausweispapiere helfen?

2014 hat der UNHCR die „IBelong-Campaign“ gestartet, um den damals zehn Millionen Staatenlosen zu einer Einbürgerung zu verhelfen. War das erfolgreich?

Nein. Die Kampagne war auf zehn Jahre angelegt. Die sind bald rum. Aber die Zahl ist seither sogar gewachsen. Man geht davon aus, dass es heute weltweit ungefähr 15 Millionen Staatenlose gibt.

Warum ist die Zahl gestiegen?

Ein Beispiel: 2015 wurden die Rohingya aus Myanmar abgeschoben, haben aber vom Aufnahme-land Bangladesch nie die Staatsbürgerschaft bekommen. Jetzt sitzen die Menschen im vermutlich größten Flüchtlingslager der Welt. Wenn nichts Wesentliches passiert, wenn Bangladesch sich nicht rührt, könnten die für den Rest ihres Lebens da festhängen.

In Indien droht gerade fast zwei Millionen Menschen der Entzug ihrer Staatsbürgerschaft. Wieso?

Die hindunationalistische Regierung treibt die Hinduisierung des Landes voran. Sie haben in Assam und in Orissa vermutlich 1,5 Millionen Muslimen und Bengalen den Entzug der Staatsbürgerschaft angedroht, die sie über Generationen hatten. Nach dem Motto: Ihr seid nicht unsere Mitbürger.

Was bedeutet es im Alltag, staatenlos zu sein? Also konkret?

Man hat kein Personaldokument. Das wiederum ist Voraussetzung für, ja – schier alles! Folglich kann man seine Kinder nicht in der Schule registrieren, keine Geburten anmelden, nicht heiraten und hat keinen Zugang zum Ge-

sundheitssystem. Ach, da gibt es aber noch so vieles, über das wir sprechen könnten.

Nur zu! Versicherung abschließen? Ein Konto eröffnen? Besitz erben oder erwerben? Vergessen Sie es! Ich kenne einen Fall aus Brasilien, wo ein staatenloser Syrer nicht beerdigt werden konnte, weil er offiziell nicht existierte. Und wer nicht existiert, kann auch nicht sterben.

Solche Menschen kann man auch leicht ermorden oder als Sex- oder Arbeitssklaven missbrauchen.

Sind Frauen anders betroffen von Staatenlosigkeit als Männer?

Es gibt eine Gender-Komponente. In 25 Ländern ist es Frauen nicht erlaubt, ihre Staatsbürgerschaft an ihre Kinder zu vererben. Das heißt, wenn der Vater unbekannt ist, wenn er vor der Geburt stirbt oder auf der Flucht von der Familie getrennt wird, werden die Kinder automatisch zu Staatenlosen – und bleiben es meist ein Leben lang.

Wie ist die Lage in Deutschland? Die Datenlage ist kompliziert: Deutschland hat – entgegen europäischen Beschlüssen – keine klaren Prozeduren zur Identifikation und statistischen Erfassung der Staatenlosen. Dabei wäre das eine Voraussetzung dafür, das Problem zu überwinden: Ich kann ja nur Leute unterstützen und einbürgern, die ich auch kenne. 2019 hat der UNHCR geschätzt, dass es ungefähr 13.450 Staatenlose hierzulande gibt. Mittlerweile geht man sogar von 100.000 aus.

Das ist ein krasser Anstieg für einen so kurzen Zeitraum.

Ja. Das hat unter anderem mit den ukrainischen Kriegsflüchtlings zu tun. In der Ukraine haben sich Flüchtlinge und Migrantinnen aufgehalten, die schon staatenlos in die Ukraine gelangten, aber irgendwie einen legalen Status dort bekamen. Als sie das Land verlassen mussten, haben sie diesen Status verloren. Der Krieg hat auch alle Neugeborenen in nicht von der Regierung kontrollierten Gebieten staatenlos gemacht.

Welche Rolle wird das Thema auf der „Global Assembly“ spielen?

Wir werden dort einen hervorragenden Vertreter der Staatenlosenbewegung dabei haben: Amal de Chickera.

Dessen „Institute of Statelessness and Inclusion“ kämpft gegen Staatenlosigkeit. Man könnte auch sagen: Es kämpft für das Recht auf einen Nationalstaat. Klingt schon weniger progressiv.

Da muss ich jetzt etwas lachen, wenn Sie das Recht auf eine Staats-

bürgerschaft in die Nähe von Nationalismus rücken.

Wieso müssen Sie da lachen?

Weil Staatsangehörigkeit historisch nicht darauf angewiesen ist, von einer Nation verliehen zu werden. Seit 1871 gibt es in Deutschland eine deutsche Staatsbürgerschaft. Interessanterweise wurde die aber bis 1934 nicht vom Nationalstaat verliehen – das wurde erst von den Nazis eingeführt –, sondern von den Ländern, also von Preußen, Bayern und so weiter. Hypo-

thetisch denkbar also, dass sie von einer sub- oder einer supranationalen Entität begründet wird und jedem Menschen offen steht. Sie könnte dann nicht von einem Nationalstaat willkürlich entzogen werden.

„Deutschen Behörden ist unklar, wie viele Leute ohne Papiere hier leben“

Eine Vision, über die Sie auf der Global Assembly nachdenken?

Bestimmt. Wir werden über Wege zu weltbürgerlichen Verhältnissen nachdenken, die Individuen und Gruppen ihre Menschenrechte jenseits staatlicher Grenzen sichern. Es kann nicht sein, dass Menschen rechtlos zwischen Staaten hängen wie zwischen Tür und Angel. Weil Staaten sie loswerden wollen. Oder weil sie keine Überlebenschancen in ihrer Heimat mehr haben – Stichwort Klimaflüchtlinge. Gelten Menschenrechte aber universal, dann können Grundrechte nicht nur jenen zukommen, die einem Gemeinwesen angehören, das ihre Rechte schützt und das keine irreversiblen Schäden und Verluste durch den Klimawandel erleidet.

Gibt es Länder, die das Problem gut in den Griff bekommen?

Georgien ist ein Positivbeispiel. Tiflis hat die „IBelong-Kampagne“ 2014 zum Anlass genommen, Staatenlosigkeit systematisch anzugehen. Sie haben weitgehend alle Staatenlosen eingebürgert.

Wie haben die das gemacht?

Das zu beantworten, bräuchte noch mal ein Interview. Nur so viel: Der UNHCR hat ein einfaches Toolkit entwickelt. Mit dessen Hilfe kann jeder Staat, wenn er gewillt ist, das Problem zu lösen, das tun.

Das Gespräch führte **Dorian Baganz**

ANZEIGE

HALTUNG ZÄHLT.

ÜBER GENERATIONEN.

Jetzt unter www.stiftung-medico.de informieren und die Broschüre **Inseln der Vernunft** schaffen downloaden oder bestellen.



45 Menschen, ein Ziel

Globale Demokratie Die Teilnehmenden der „Global Assembly“ aus aller Welt

Wir danken für großzügige Förderung:



gefördert vom Kulturamt Frankfurt am Main



Mitgetragen und unterstützt von Brot für die Welt, medico international, Misereor, Reporter ohne Grenzen, Institut für Sozialforschung Frankfurt a. M., der Friedrich-Ebert-, der Heinrich-Böll- und der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie der Evangelischen Akademie Frankfurt.

ABDUL GHAFOOR / ADAM
AHMED / AMAL DE CHICKERA / LIAN GOGALI
/ DR. ROSHMI GOSWAMI / PRANOM BEE SOMWONG /
SOUSAN SUHA / HENRI TIPHAGNE / KHOO YING HOOI / DR.
KHIN ZAW WIN / DR. MIRZA ZULFIQUR RAHMAN / NASIR MANSOOR /
TETET NERA-LAURON / NICOLETTA DENTICO / VERONIKA MUNK / TAMTA
MIKELADZE / MIRI WEINGARTEN / HAMZE BYTYCI / EKATERINA MARTYNOVA
/ ALEJANDRA ANCHEITA / EMILIA REYES / MIGUEL FAJARDO / SOFIA MONSALVE
SUAREZ / LIZ MELENDEZ / PIERINA FERRETTI / PAULA LITVACHKY / CAMILLA
MAIA / MATILDA GONZALEZ / LINA ATTALAH / HAGAI EL AD / LARA BITAR
/ YASSIN AL HAJ SALEH / ASHTON HARRY / KWAME ROSE / PENINAH
KHISA / BASHIRATU KAMAL / VAINOLA / MAKAN / ABU BRIMA /
ALAA TALBI / COUMBA TOURÉ / BABA AYE / FAMBAI
NGIRANDE / MAINA KIAI / MOUSSA TCHANGARI
/ DELPHINE DJIRAIBE

Herausgeber: der Freitag Mediengesellschaft mbH & Co. KG, Hegelplatz 1, 10117 Berlin, Tel.: (030) 250 087-0 Philip Grassmann (Vi.S.d.P.) Art Direction: Christian Bobsien Grafik: Dorothee Waldenmaier Anzeigen: Johann Plank Illustrationen: Philippe Nikolai Sarthou Material: Adobe Stock Redaktionsschluss: 2. Mai 2023

ANZEIGE

In der aktuellen Ausgabe

Wie schauen Sie in die Zukunft?

Alle wichtigen Themen, Publikationen und Termine der Bundeszentrale für politische Bildung auf 52 Seiten: das bpb:magazin

 **magazin**

#23

April 2023

Gegenwartsdeutungen – Zukunftserzählungen | »German Dream« der vielen | Drowning World – Burning World
Umgang mit der Klimakrise | Wie die Gen Z in die Zukunft blickt | Eine KI im Interview | Die Utopie des Afrofuturismus

Wie schauen Sie in die Zukunft?



Jetzt kostenlos abonnieren – erscheint 2x im Jahr: www.bpb.de/magazin

Demokratie stärken – Zivilgesellschaft fördern

